

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/210

2. November 1976

Konkrete Fragen an Dr. Kohl

-----  
Klarstellungen zum Fall Krupinski-Rudel erforderlich

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Die neu-alte "kollektive Führung" der DDR

-----  
Erstes Fazit der Regierungsumbildung in Ostberlin

Seite 3 bis 5 / 89 Zeilen

Der Erfolg von Den Haag

-----  
Sozialdemokratische Forderungen durch Ministerratsbe-  
schluß erfüllt

Von Jürgen Grimming MdB und Horst Grunenberg MdB  
Mitglieder der Arbeitsgruppe Seerechtskonferenz der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 73 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Bundeswehr und Tradition"

-----  
Seite 8 und 9 / 53 Zeilen

Neue Rufnummer :

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 320 400  
Prozesshaus I, Zimmer 217-824  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 05 88 646-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Konkrete Fragen an Dr. Kohl

---

Klarstellungen zum Fall Krupinski-Rudel erforderlich

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Bundesminister der Verteidigung will seine Bewertung und Handlungsweise gegenüber den aufsehenerregenden Äußerungen der Luftwaffengenerale Krupinski und Franke über jeder Parteipolitik angesiedelt sehen. Das ist begründet; seine Entscheidung liegt zweifelsfrei im Interesse unseres Staates, der Bundeswehr insgesamt. Sie hat eine moralische Dimension nach innen und nach außen. Sie war für die Bewahrung der Qualität unserer parlamentarischen Demokratie und des internationalen Ansehens, das sich auf ihrem Boden auch die Bundeswehr erworben hat, unausweichlich. Sie verdiente deshalb den ungeteilten Respekt aller Bürger und erst recht der demokratischen politischen Parteien in unserem Land. Der Mann, der auf der Grundlage des Gesetzes und aus sich selbst heraus so gehandelt hat, wie es den Vorgängen allein angemessen war, wird jetzt trotzdem auf bittere Enttäuschung gefaßt sein müssen, was seine redliche Erwartung angeht, der Fall kann nunmehr "als erledigt und ausgestanden und kann als in angemessener Form durchgestanden angesehen" werden.

Georg Lebers Erklärung, daß er um kein Jota anders gehandelt hätte, wenn unqualifizierte und beleidigende Vergleiche zwischen Oberst a.D. Hans Ulrich Rudel nicht zu dem Sozialdemokraten Herbert Wehner, sondern zu einem Mandatsträger aus den Reihen einer anderen im Bundestag vertretenen Partei angestellt worden wären, wird zwar in ihrer Glaubwürdigkeit nicht zu erschüttern sein, aber eine bestimmte Gruppierung innerhalb der CDU/CSU-Opposition keineswegs davon abhalten, ein giftiges parteipolitisches Süppchen zum Kochen zu bringen. Die Wortführer haben in ersten Reaktionen bereits erkennbar gemacht, daß sie einen Schauplatz für die nahtlose Fortsetzung eines skrupellosen, auf die Realisierung schlimmer

Reasentiments angelegten Wahlkampfes gefunden zu haben glauben. Die Ingre-  
dianzien erscheinen ihnen "ideal". Auf der einen Seite der höchstdekorierte  
deutsche Soldat des zweiten Weltkrieges, der sich mit großer Tapferkeit ge-  
gen die bolschewistische Bedrohung deutscher Erde eingesetzt hat, und auf  
der anderen Seite die heimlichen Komplizen des Kommunismus, die mit ihrer  
Entspannungspolitik den "Ausverkauf" des Vaterlandes betreiben.

Es ist zu fürchten, daß dieser agitatorische Wahnwitz 30 Jahre nach der  
Stunde Null für unser Land wieder mehr Resonanzboden finden könnte, als es  
die politische und praktische Vernunft zulassen dürfte. Diese für unsere  
Demokratie und ihr internationales Ansehen nicht zu unterschätzende Gefahr  
ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß sich immer stärker werdende Kräfte  
in der CDU und CSU nach rechtsaußen bewegen, fehlende Argumente durch  
Aggression ersetzen und die Verteufelung politischer Gegner zum Prinzip der  
Opposition machen möchten.

Wer es zuläßt oder sogar noch verteidigt, daß der seit 1949 dem  
Deutschen Bundestag in prägender demokratisch-parlamentarischer Funk-  
tion angehörende, dafür mit dem höchsten Verdienstorden unseres Staates  
ausgezeichnete Sozialdemokrat Herbert Wehner mit einem politischen Irrlicht  
und Denkmal der Unbelehrbarkeit wie Rudel in einen Topf geworfen wird, der  
muß sich die Frage nach seiner eigenen demokratischen Legitimation gefallen  
lassen. Diese Frage richtet sich zum derzeitigen Zeitpunkt und nur vorder-  
gründig noch an einzelne Bundestagsabgeordnete wie Wörner, Becher und Hand-  
los. Sie ist aber grundsätzlich an die CDU und ihren Vorsitzenden Dr. Kohl  
zu stellen. Er muß erklären, was ihm und der Union die Daten 1945 und 1949  
bedeuten: eine entschiedene Besinnung und Festlegung auf demokratische Wert-  
vorstellung oder nur Verschnaufpause und Tauchstationen für Nationalisten  
und Revanchisten. Dr. Kohl muß Klarheit darüber schaffen, was die Namen  
Konrad Adenauer, Karl Arnold, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer heute für die  
Union noch aussagen. Und er muß klipp und klar sagen, ob er Herbert Wehner  
für einen maßgeblichen Mitgestalter dieser bisher beständigsten und frei-  
heitlichsten Demokratie auf deutschem Boden hält oder nicht.

(-/2.11.1976/vp/pc/ee)

+ + +

### Die neu-alte "kollektive Führung" der DDR

---

#### Erstes Fazit der Regierungsumbildung in Ostberlin

Die Überraschung war perfekt, die Vergatterung hatte lückenlos gehalten. Während Rundfunk, Fernsehen und DDR-Korrespondenten der Bundesrepublik noch berichteten, daß für die erste Sitzung der Volkskammer nach den Wahlen weder mit Überraschungen noch mit Änderungen in der Staatsführung zu rechnen sei, hatte das Zentralkomitee der SED bereits sensationelle Änderungen beschlossen. Der bisherige Ministerpräsident Horst Sindermann wurde ins einflußlose Präsidium der Volkskammer abgeschoben, Willi Stoph kehrte aus dem während seiner Amtszeit heruntergestuften Staatsrat in die Position des "Vorsitzenden des Ministerrats" (= Ministerpräsidenten) zurück, und Erich Honecker vereinigt nun in seiner Hand drei entscheidende Funktionen des zweiten deutschen Staates: Generalsekretär der SED sowie Vorsitzender des Staatsrats (= Staatspräsident) und des Nationalen Verteidigungsrats. Im ZK der SED wurde offenbar keine Begründung für den Sturz Sindermanns vorgetragen. Die Abgeordneten der Volkskammer waren von diesen Beschlüssen so überrascht, daß die Alterspräsidentin Schirmer-Pröscher bei der Verlesung der Vorschläge steckenblieb und aufgeregt nach dem Zettel mit dem Namen des vorgeschlagenen Volkskammerpräsidenten suchen mußte.

Stops Begründung für Honeckers Wahl - er bedürfe als "würdigster Repräsentant" für internationale Verhandlungen der "Funktion der höchsten Repräsentation unseres Staates" - ist dürftig. Schließlich gibt es unter den sieben Warschau-Pakt-Staaten nur in der CSSR und Rumänien eine Personalunion zwischen oberstem Staats- und Parteiamt. Auch Leonid Breschnjew läßt sich für internationale Verhandlungen durch den Obersten Sowjet legitimieren.

Für die Bewältigung der Probleme, vor denen die DDR steht, könnte sich die Zusammenfassung der drei wichtigsten Funktionen in einer Hand dennoch als zweckmäßig erweisen. Auch wenn man die Lesart, nach der der selbstbewußte "Macher" Sindermann über unbewältigte Wirtschaftsprobleme gestolpert sei, skeptisch beurteilt: Das brennendste innenpolitische Problem der DDR

bleibt, ob sie weiterhin die Milliarden aufbringen kann, die für die Subventionierung der Inlandspreise bei ständig steigenden Rohstoffpreisen erforderlich sind. Möglich, daß bei der Ersetzung des eigenwilligen Sindermanns durch den gefügigeren Stoph die Erwägung eine Rolle gespielt hat, ob nicht auch die DDR den Weg Ungarns und Polens einschlagen muß. Beide Länder haben, stetig oder in größeren Intervallen, die vom Weltmarkt - auch dem "sozialistischen" - einströmenden Preiserhöhungen an die Verbraucher weitergegeben. Allerdings sind schroffe Wandungen in der DDR kaum zu erwarten, aber Nuancierungen der bisherigen Wirtschaftspolitik sind möglich. Stophs Regierungserklärung brachte dann auch nur eine Überraschung: Der bisherige Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten, der bekannteste Wirtschaftsexperte der SED, Dr. Günter Mittag, wurde durch das Politbüromitglied Werner Krolikowski ersetzt. Mittag geht auf den noch einflußreicheren Posten eines Sekretärs für Wirtschaftsfragen in das ZK der SED zurück.

Daß mit Stoph der gleiche Mann für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten auf DDR-Seite zur Verfügung steht, der einst Willy Brandt in Erfurt und Kassel gegenüber saß, könnte als ein gutes Omen für den Fortgang des innerdeutschen Normalisierungsprozesses angesehen werden. Allerdings hielt er sich in seiner Regierungserklärung bei der Erörterung des Verhältnisses zur Bundesrepublik völlig in dem Rahmen, der durch Waldredens Honeckers, Nordens und entsprechende Presseberichte vorgezeichnet war: Jede Deutschlandpolitik müsse "ausgehen von der Existenz zweier voneinander unabhängiger Staaten", die DDR müsse sich gegen "jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten" wehren und das angebliche "Anwachsen des Revanchismus in der Bundesrepublik" in Rechnung stellen. Aber auch nach Stoph ist die DDR "nicht an einer Verschärfung der Situation zwischen beiden deutschen Staaten interessiert".

Eine der wichtigsten Fragen, die vielleicht auch mit dem Wechsel in der Ostberliner Regierung zusammenhängen kann, wurde von Stoph überhaupt nicht erwähnt: Die DDR steht nämlich - auch eine der Folgen von Helsinki - vor der Entscheidung, ob sie Aktionen für eine legale Ausreise in die Bundesrepublik

legalisieren oder ob sie sich durch Verhaftung einzelner Antragsteller ein schlechtes Image für die erste Nachfolgekonferenz von Helsinki schaffen soll.

Von "Falken und Tauben" in der DDR-Führung im Zusammenhang mit den Umbesetzungen oder gar von einem "Sieg der Vertreter des schärfsten Kurses" zu sprechen, wie es unbedarfte Zeitgenossen in der CDU-Fraktion tun, ist abwegig. Das Bekenntnis zum "Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern", das Honecker bei seiner ersten Rede abgelegt hat, ist kein Indiz dafür; es ist so alt, wie Honeckers Wahl zum "Ersten Sekretär der SED". "Falken"-Getöse über die Gewißheit des "Sieges des Sozialismus" im Falle eines Atomkrieges hat er bisher dem Verteidigungsminister Hoffmann überlassen, ohne ihn allerdings zu rügen. Er selbst zeigte sich eher verständigungsbereit, wie zum Beispiel bei der von ihm geprägten Formel über den "DDR-Bürger deutscher Nationalität". Da im Übrigen der Entspannungskurs von der Sowjetunion bestimmt wird und die DDR aus wohlverstandenen Eigeninteresse auch nicht dagegen opponiert, wird Honecker als Staatesratsvorsitzender dafür sorgen, daß Stoph als Ministerpräsident Honeckers bisherigen Kurs als Generalsekretär der SED weiterführt.

Bleibt die nach Ulbricht oft beschworene und von Stoph wieder erwähnte "kollektive Führung". Formal besteht sie im umgruppierten Triumvirat Honecker-Stoph-Sindermann weiter. Tatsächlich war sie immer eingebettet in die Beschlüsse des durchaus nicht machtlosen Politbüros, entscheidend beeinflusst allerdings von Honecker. Diese Form der "kollektiven" Führung dürfte sich nach der Wahl Honeckers zum Staatesratsvorsitzenden noch stabilisieren. Daß daraus ein Personenkult wie unter Ulbricht werden könnte, ist unwahrscheinlich, wenngleich Honecker in manchen Ausgaben des "Neuen Deutschland" gleich auf mehreren Seiten in Großformat erscheint. Im ganzen deutet die Umbesetzung auf eine Konsolidierung der SED-Herrschaft hin. Ob sie die Beliebtheit Honeckers in der Bevölkerung fördern wird, ist eine andere Frage. Freiwillig wählen, wie das nach den Beobachtungen westlicher Korrespondenten die Ungarn bei Kadar taten, würden die DDR-Bürger ihn auch heute nicht.

Walter Gaten  
(-/2.11.1976/vo/or)

+ + +

### Der Erfolg von Den Haag

Sozialdemokratische Forderungen durch Ministerratsbeschluss erfüllt

Von Jürgen Grimming MdB und Horst Grunenberg MdB

Mitglieder der Arbeitsgruppe Seerechtskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Vor weniger als zwei Wochen beklagten wir im SPD-Pressedienst die "Enttäuschung von Luxemburg". Am 19. Oktober 1976 war der Versuch, in der Nordsee und im Nordatlantik auf der Grundlage einer 200-Seemeilen-Schutzzone ein gemeinsames Meer der Gemeinschaft zu schaffen, am Einspruch der Republik Irland gescheitert. Wir forderten seinerzeit, daß das EG-Meer nicht an nationalen Eigensüchteleien scheitern dürfe. Die Kommission sollte ein Verhandlungsmandat gegenüber Dritten bekommen. Es sollten die Voraussetzungen für ein international beachtenswertes Modell regionaler Zusammenarbeit bei der Meeresnutzung geschaffen werden.

Staatsminister Hans Jürgen Wischnewski, der die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg geführt hatte, ließ angesichts des enttäuschenden Ergebnisses keinen Zweifel, daß - bei aller Festlegung auf eine europäische Lösung - notfalls zur Sicherung unserer vitalen Interessen eigene Initiativen entwickelt werden müßten. Diese klare Sprache, verbunden mit ausdauernden und zielstrebigem Verhandlungen hinter den Kulissen, hatten nunmehr im Rahmen einer als informell bezeichneten Tagung des Ministerrats in Den Haag zu den notwendigen Ergebnissen geführt.

Auch wenn zu selbstgefälligem Jubel kein Anlaß besteht - der Erfolg der Bundesregierung, und zwar sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für Europa - muß anerkannt und deutlich unterstrichen werden. Es ist bezeichnend, daß die Opposition, die sonst nicht müde wird, der Bundesregierung gerade auf dem Felde des internationalen Seerechts angeblich begangene Fehler und Versäumnisse vorzuwerfen, seit Monaten nicht einmal mehr eines beachtenswerten Kommentars fähig ist. Offenbar ist der CDU/CSU - Fraktionsführung aufgefallen, daß ihr zuständiger Sprecher sie in Sachen Seerecht schon am 2. Juli 1976, bei der Debatte über die entsprechende Große Anfrage, in eine schlimme Niederlage geführt hat.

Die Arbeitsgruppe Seerecht begrüßt es, daß mit der Proklamation eines EG-Meeres in Nordsee und Nordatlantik nunmehr jene Forderungen erfüllt worden sind, bzw. gute Aussicht haben, erfüllt zu werden, die für uns von Anfang an als grundlegend und bedeutsam bezeichnet wurden:

1/ Wir wollten die herkömmlichen Fanggründe für unsere Fischer und unsere Fischwirtschaft unmittelbar gesichert wissen und wollten darüber hinaus, daß die Fanggründe, die in anderen Bereichen, z. B. vor

den Küsten Kanadas, den USA oder Islands liegen, durch Verhandlungen gesichert werden können. Dieses Ziel ist jetzt erreicht oder jedenfalls erreichbar geworden.

2/ Im Blick auf die in einer Phase des äußeren Stillstands und der hartnäckigen Verhandlungen hinter den Kulissen befindlichen internationalen Seerechtskonferenz bedeutet die Möglichkeit, für den Bereich des EG-Meeres ein vorbildliches Modell regionaler Zusammenarbeit bei der Meeresnutzung zu schaffen, daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ihre Position international erheblich verstärken.

3/ Die Zusagen oder doch in Aussichtstellungen an die Republik Irland, z. B. die Hilfe bei der Modernisierung der irischen Fangflotte und die Unterstützung bei der Indienststellung von 50 Patrouillenbooten, unterstreicht die Fähigkeit der Gemeinschaft, wichtige materielle Interessen der Partnerstaaten in fairen Kompromissen zu berücksichtigen.

Es mag Skeptikern wesentlich erscheinen, daß in diesem Zusammenhang vor vorläufigen Erfolgsweltungen gewarnt wird. Sie können sich dabei auf die Kommission selbst berufen, die sich weigert, das Ergebnis von Den Haag als "Durchbruch" zu werten. Der Vorsitzende des Ministerrats erklärte sogar unverblümt, daß die EG am Rande einer Krise gestanden habe. Gerade diese zurückhaltende Bewertung läßt andererseits die Feststellung zu, daß die Gemeinschaft erneut ihre Fähigkeit bewiesen hat, ungeachtet auch fortbestehender interner Interessengegensätze immer dann zu Entscheidungen zu finden, wenn es darauf ankommt.

Für die Beschäftigten in der Fischerei und in der Fischwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland läßt sich das Ergebnis von Den Haag jedenfalls dahingehend zusammenfassen, daß man ruhiger schlafen kann, weil die Arbeitsplätze der Betroffenen nachprüfbar sicherer geworden sind.

Angesichts der gelegentlich hinter Marktordnungen, Gutter- und Rindfleischbergen verschwindenden historischen Perspektive der Gemeinschaft sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Proklamation eines EG-Meeres durchaus als eine - wenn auch bescheidene - historische Perspektive verstanden werden kann. Mit der Proklamation eines EG-Meeres hat sich die Europäische Gemeinschaft über ihre nationalstaatlichen Grenzen hinaus gewissermaßen ein neues gemeinsames Territorium geschaffen. Auch wer es gern ganz klein und jedenfalls ohne große Worte mag, wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft mit ihrer Entscheidung von Den Haag den Grundstein für ein neues Moment der Entwicklung in Europa und der Zusammenarbeit in der internationalen Staatenwelt gelegt haben.

(-/2.11.1976/mia/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Bundeswehr und Tradition"

Im Zusammenhang mit dem Fall Krupinski/Franke, der zur Ablösung der beiden Spitzengeneräle der Luftflotte führte, ist die Frage der Traditionspflege in der Bundeswehr erneut in die Diskussion geraten. Bundesverteidigungsminister Georg Leber will am Donnerstag in seinem Bonner Gespräch mit den Bundeswehr-Kommandeuren auch dieses Problem ansprechen. Der damalige Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel CDU-MdB hatte am 1. Juli 1965 unter Aktenzeichen FÜ 8 I 4 - Az 35 - 08 - 07 den sog. Traditionserlaß ("Bundeswehr und Tradition") herausgegeben, der nach wie vor unverändert gilt. Zu dem aktuellen Anlaß zitieren wir folgende Punkte:

5/ Traditionspflege dient nicht der Selbstrechtfertigung; sie erlaubt kein Ausweichen vor selbstkritischen Erkenntnissen. Nur Soldaten, die auch als Menschen ihrer Verantwortung genügt haben, sind Vorbilder, die Bestand haben. Sich an ihrem Beispiel zu orientieren, hilft dem Soldaten, einen festen Standort zu gewinnen, von dem aus er für die freiheitliche Lebensordnung eintritt.

6/ In der Geschichte nehmen alle Menschen teil an Glück und Verdienst wie an Verhängnis und Schuld. Diese Einsicht schützt vor einseitiger Bewunderung ebenso wie vor blinder Verkennung. Sie öffnet die Augen für den Reichtum der Tradition, macht tolerant, bescheiden und zugleich mutig, selber Tradition zu bilden.

10/ Nationales Bewußtsein ist eine Triebkraft, die sich seit frühen Anfängen in der europäischen Geschichte entfaltet hat; wir Deutschen haben an

dieser Entwicklung teilgenommen. Das nationale Bewußtsein macht auch heute noch wirksame Kräfte innerhalb und außerhalb Europas frei. Die Übersteigerung und Entartung des Nationalbewußtseins hat aber fälschlich die eigene Nation zum Maß aller Dinge gemacht. Solcher Nationalismus hat in unserem Jahrhundert die Welt in das Unglück zweier großer Kriege gestürzt. Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, das Mühen um Frieden und nicht zuletzt gemeinsame Vorstellungen von Auftrag, Würde und Glück des Menschen führen heute zu übernationalen Zusammenschlüssen freier Völker, die zu ihrer gemeinsamen Verantwortung finden. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das Atlantische Bündnis führt die Soldaten der Bundeswehr in die Kameradschaft und in die geistige Auseinandersetzung mit Soldaten anderer Nationen; sie gibt ihnen Gelegenheit, zur Verständigung der Völker beizutragen und daran mitzuwirken, daß der Schutz von Frieden und Freiheit als gemeinsame Aufgabe verstanden wird.

17/ Politisches Mitdenken und Mitverantwortung gehören seit den preußischen Reformen zur guten Tradition deutschen Soldatentums. Nur als politisch denkender und handelnder Staatsbürger gehört der Soldat zu den geistig und gesellschaftlich verantwortlichen und bewegenden Kräften seiner Zeit. Der Soldat, der sich, als unpolitischer Soldat einer falschen Tradition folgend, auf das militärische Handwerk beschränkt, versäumt einen wesentlichen Teil seiner beschworenen Dienstpflicht als Soldat in einer Demokratie. Der Wert seines Dienstes wird weitgehend bestimmt durch die politische Zielsetzung.

30/ Bei Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen ehemaliger Soldaten zur Pflege von Tradition und Kameradschaft, an denen sich Bundeswehr-Truppenteile beteiligen, ist der jeweilige Kommandeur oder Einheitsführer dafür verantwortlich, daß die Zurückhaltung, die das Auftreten des Soldaten in der Öffentlichkeit verlangt, und die Forderungen des guten Geschmacks beachtet werden. Alle Veranstaltungen zur Traditionspflege sollen der Erziehung dienen und den Soldaten der Bundeswehr fester an seinen gegenwärtigen Auftrag binden.

(-/2.11.1976/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller